

Anwalt räumt Regress an Firmen kaum Chancen ein

29.09.2011 | 00:29 | Anna Offner, Alexandra Zawadil (Wirtschaftsblatt)

Fuschl. "Der OMV bleibt nichts anderes übrig, als zu kooperieren", sagt der Wirtschaftsanwalt Thomas Rabl zu den Hausdurchsuchungen im Rahmen der Ermittlungen gegen ein mutmaßliches Gaskartell. Rabl ist Energieexperte bei der Kanzlei Karasek Wietrzyk. "Gegen die Vorerhebungen kann man sich ja nicht wehren", fügte er hinzu.

Einen Regress gegen die involvierten Konzerne bezeichnete Rabl als "nicht so leicht" und "unwahrscheinlich". Die Frage sei nämlich, gegen wen sich eine allfällige Rückforderung denn richten sollte, erläuterte der Anwalt.

Saftige Strafen

Haben die Vorwürfe etwas mit Kartellabsprachen zu tun, drohen der OMV saftige Strafen -im schlimmsten Fall bis zu zehn Prozent des Umsatzes. Aber auch die Nichtigkeit der Gaslieferverträge könnte eine Konsequenz sein, sagt der Anwalt.

Wie der Voest bliebe der OMV die Möglichkeit, sich durch die Kronzeugenregelung freizukaufen. Die EU-Kommission kann gegen die Gazprom selbst schwer tätig werden, gegen ihr umfassendes Firmengeflecht in Europa aber schon. "Die Gazprom hat genug Tochterunternehmen in Europa", sagte Rabl.

Gemunkel in Fuschl

Am Rande der Energy 2050 Konferenz in Fuschl, wo heuer erstmals auch die Gaswirtschaft stark vertreten ist, wurde gemunkelt, dass Preisabsprachen keine große Überraschung seien.

"Der Preis ist immer schon um zwei bis drei Prozent höher gelegen, als er sein müsste", sagt ein Gasexperte. Derzeit liegt der Großhandelspreis bei rund 25 € pro Megawattstunde. Es liege auf der Hand, dass, wenn man gemeinsame Leitungen nutzt, große Gaskonzerne auch Preise und Mengen optimieren, sagten Gas-Insider.